

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - FuG/048(VI)/18			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag,  13.11.2018	Altes Rathaus, Beimzimmer	17:00Uhr	18:40Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.10.2018
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Seniorenpolitisches Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg -  
Fortschreibung für den Zeitraum 2018 bis 2022 DS0403/18
- 6 Informationen
- 6.1 Förderung der Beratungsstelle "Magdalena" I0262/18

- 7        Verschiedenes  
- Veranstaltungen in Magdeburg zum Internationalen Tag gegen  
Gewalt an Frauen in Magdeburg 2018 und zu 100 Jahre  
Frauenwahlrecht durch Amt 16

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Jenny Schulz

**Mitglieder des Gremiums**

Gerhard Häusler

Manuel Rupsch

Kornelia Keune

Steffi Meyer

**Vertreter**

Alfred Westphal

**Mitglieder des Gremiums**

Frank Theile

**Sachkundige Einwohner/innen**

Bärbel Bühnemann

Karina Schade-Köhl

**Geschäftsführung**

Heike Ponitka

**Abwesend - entschuldigt**

Tom Assmann

Daniela Diestelberg

Natalie Schoof

Sarah Schulze

---

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

**Stadträtin Schulz**, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.10.2018

---

Genehmigung der Niederschrift vom 16.10.18: **3-0-3**

### 4. Öffentliche Sprechstunde

---

Es ist niemand zur öffentlichen Sprechstunde erschienen.

### 5. Beschlussvorlagen

---

#### 5.1. Seniorenpolitisches Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg - Fortschreibung für den Zeitraum 2018 bis 2022 DS0403/18

---

**Stadträtin Schulz**, erklärt, dass die Beschlussvorlage nicht dem FuG zugeordnet wurde und sich der Ausschuss in Selbstbefassung mit der Thematik beschäftigt. Aus der Stellungnahme des Seniorenbeirates ist zu entnehmen, dass diese nicht mit der Beschlussvorlage einverstanden sind. Genauere Punkte warum nicht, sind nicht direkt zu erkennen.

**Frau Ponitka**, Gleichstellungsbeauftragte, teilt mit, dass auf Grund der Zeitbelastung aus dem Dezernat V keine Einbringung erfolgt. Frau Borris hat dieses schriftl. dem Gleichstellungsamt mitgeteilt und angeboten, Fragen zeitnah zu beantworten. Der Seniorenbeirat ist über den Termin informiert und es muss eine kurzfristige Verhinderung geben – da Frau Zander sehr interessiert an der gem. Diskussion im FuG Ausschuss war.

**Stadtrat Westphal** war mehrere Jahre im Seniorenbeirat tätig und erklärt, dass auch dieser Ausschuss mit dafür sorgen sollte, dass dem Seniorenbeirat insgesamt ein höheres Mitwirkungsrecht eingeräumt wird. Vor allem, wenn man bedenkt dass ca. 40% der Bevölkerung

von Magdeburg zu den Senioren\*innen gehören. Die Entscheidung, dass der Seniorenbeirat bei Themen, die vor allem Senioren\*innen betreffen, ein ausgeweitetes Mitwirkungsrecht haben soll, kann der Stadtrat treffen. Dann könnte auch der Seniorenbeirat zu diesen Themen Stellung beziehen und hätte eigenständiges Rederecht im Stadtrat.

**Stadtrat Westphal** würde dem Ausschuss empfehlen, die Beschlussvorlage zurückzustellen, den Seniorenbeirat nochmals einzuladen und zu verlangen, dass die Verwaltung einen Vertreter\*in schickt um die Drucksache diskutieren zu können und ein Antrag gestellt wird vom FuG, dass die Behandlung im Stadtrat vertagt wird.

**Stadtrat Rupsch** bringt ein, dass laut Geschäftsordnung dies nicht möglich ist, da sich der FuG im Selbstbefassungsrecht mit der Beschlussvorlage beschäftigt. Da müsste schon ein Stadtrat einen Antrag stellen, dass diese Drucksache zurückgestellt werden soll. Dieses Recht hätte natürlich auch Stadträtin Schulz als Ausschussvorsitzende des FuG's. Wenn der Ausschuss das will, wird es **Stadträtin Schulz** gerne versuchen, sieht da aber wenig Chancen.

**Stadträtin Schulz** teilt mit, dass aus ihrer Sicht der FuG die Drucksache nicht zurückstellen sollte, da diese dann trotzdem in den Stadtrat geht.

**Stadtrat Theile** erklärt, dass, wenn gerade der Seniorenbeirat dieser Drucksache nicht zustimmen kann, man dies nicht einfach hinnehmen sollte, sondern es dort noch Gesprächsbedarf gibt. Vielleicht kann man dazu eine Zusatzsitzung durchführen.

**Stadträtin Keune**, erklärt, dass die Erstellung des Konzeptes im Ausschuss GeSo zusammen mit dem Seniorenbeirat eng begleitet wurde. Die Beschlussvorlage wird in der nächsten Sitzung des GeSo beraten.

**Stadtrat Rupsch**, ist gegen eine Zusatzsitzung. Im HH 2019 sind viele Mittel für die Seniorenarbeit eingestellt. Bisher haben sich weder Frau Zander noch Frau Schubert bei einer Fraktion gemeldet und Gesprächsbedarf zu dieser Beschlussvorlage angemeldet.

**Frau Ponitka**, Gleichstellungsbeauftragte, schlägt vor, dass der Seniorenbeirat die konkreten Fragen an den Ausschuss zurückkoppelt. Fragen sind u.a. welche konkreten Kritikpunkte gibt es und welche Maßnahmen sind zu priorisieren?

Dieser Idee stimmen die Stadträte zu. Die Fragen werden gesammelt und an den Seniorenbeirat weitergeleitet.

Abstimmung:

DS: zur Kenntnis genommen

## 6. Informationen

---

### 6.1. Förderung der Beratungsstelle "Magdalena" I0262/18

---

**Stadträtin Schulz** gibt einen kurzen Überblick zum Thema und übergibt an **Frau Ponitka**, Gleichstellungsbeauftragte, das Wort.

**Frau Ponitka**, Gleichstellungsbeauftragte, berichtet, dass die Information eigentlich nur für den Oberbürgermeister und den Stadtrat angedacht waren. Da aber der Prüfauftrag aus dem FuG herausgestellt wurde, soll die Information auch hier im Ausschuss besprochen werden. Erstellt wurde die Information vom Dezernat V, Gesundheitsamt, leider war es zeitlich dem Dezernat nicht möglich, die Information einzubringen. Fragen können aber gerne aufgenommen und weitergeleitet werden. Diese werden dann zeitnah beantwortet

In der Information des Gesundheitsamtes wird eingeschätzt, dass die bisherige Stelle im Gesundheitsamt sehr gut arbeitet und dass aus diesem Grund die Förderung einer weiteren Stelle aus kommunaler Sicht nicht möglich ist.

**Frau Ponitka**, Gleichstellungsbeauftragte, ist der Ansicht, dass die Frage geklärt werden muss, ob das Land das Projekt magdalena weiter finanziert. Sie stellt den Ausschussmitgliedern ihre Stellungnahme vor. Die Stellungnahme wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Sie berichtet weiterhin, dass im nächsten Jahr die Landesverordnung zum Prostituiertenschutzgesetz in Kraft treten wird und in diesem Gesetz sind verschiedene Pflichtaufgaben genannt, die die Kommunen erfüllen müssen z.B. Informationspflicht, gesundheitliche Beratung durch eine Behörde oder auch Beratung auch unter Hinzufügung von anerkannten Fachstellen der Prostitution. Dies würde auf magdalena zutreffen, dass das Projekt folgende inhaltlichen Schwerpunkte bearbeitet: Öffentlichkeitsarbeit/ Netzwerkkordinierung, aufsuchende Arbeit/ Streetwork, Beratung, Interessenvertretung bei der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Sexarbeiter\*innen und der Präventionsarbeit z.B. an Schulen mit dem Projekt „Loverboys“.

Auch durch das aktuelle Inkrafttreten der Istanbul Konvention sind die Bundesländer und Kommunen verpflichtet, für mehr Beratungsangebote, Prävention und Begleitung von Frauen, die von Gewalt und Prostitution betroffen sind, zu sorgen.

**Stadtrat Westphal, Stadträtin Meyer, Stadträtin Keune und Stadtrat Theile** stimmen **Frau Ponitka** zu, dass für betroffene Frauen dringend Beratung in Magdeburg gebraucht wird, die nicht an einer Behörde angeschlossen ist, um die Hemmschwelle sich Hilfe zu suchen, so niedrig wie möglich zu gestalten.

**Stadträtin Schulz** bringt ein, dass an Hand der hohen Fallzahlen die in der Information genannt werden, ja schon allein daraus ersichtlich ist, dass mehr Bedarf an Beratungen besteht. Dies allein kann das Gesundheitsamt nicht schaffen. Auch wird immer mehr die Prävention ein wichtiges Thema und gerade in diesem Bereich, hat das Projekt magdalena gearbeitet und sollte ihrer Meinung nach weitergeführt werden.

Daher schlägt Sie den Ausschussmitgliedern vor, in der nächsten Sitzung des FuG einen Antrag zu formulieren, mit dem Inhalt, dass im Falle einer negativen Bescheinigung seitens des Landes zur Finanzierung des Projekts sich die Stadt dem Projekt annimmt und eine Stelle fördert.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden, dass zur nächsten Sitzung ein Antrag vorbereitet wird um über diesen aktuelle dann zu diskutieren und dann zu entscheiden, ob der Ausschuss diesen stellt oder nicht.

Abstimmung:

Information: **zur Kenntnis genommen**

7. Verschiedenes  
- Veranstaltungen in Magdeburg zum Internationalen Tag gegen  
Gewalt an Frauen in Magdeburg 2018 und zu 100 Jahre  
Frauenwahlrecht durch Amt 16
- 

In der letzten Sitzung erzählte **Frau Bühnemann**, sachkundige Einwohnerin, dass Sie für einen Fahrradkurs für Migrantinnen Fahrräder suche und ob der Ausschuss helfen könne. **Frau Diestelberg**, Gleichstellungsamt, hat sich mit den Elke-Meister-Schulen in Verbindung gesetzt und konnte darüber Fahrräder organisieren. Die Fahrräder können über die Verkehrswacht genutzt werden. Ein Theoriekurs findet bereits am 23.11.18 statt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jenny Schulz  
Vorsitzende/r

Natalie Schoof  
Schriftführer/in